

Puerto Alegre e.V.

Franz-Mehring-Str. 20

15230 Frankfurt (Oder)

Kontakt: Reinhard Schülzke, Tel.: 0335-526971

E-mail: r.c.schuelzke@t-online.de

21.01.2011

Pressemitteilung - Veranstaltungsbericht

Den Frieden im Nahen Osten fördern

Frankfurt (Oder). Der Verein Puerto Alegre und die Kirchengemeinde Frankfurt (Oder) luden zu einem Informationsabend zum Thema „Der Nahostkonflikt – aktuelle Situation und die Friedensperspektiven?“ in das Gemeindehaus St. Georg ein. Referent des Abends war Clemens Ronnefeldt aus Freising, seit 1992 für Friedensfragen zuständig beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes. Er engagiert sich seit vielen Jahren im Nahen und Mittleren Osten und war zuletzt Ende Oktober 2010 im Nahen Osten.



Clemens Ronnefeldt verglich zunächst den Nahostkonflikt mit einem gewaltigen Brandherd: „Wir können wegschauen, die Schuld auf andere schieben, jammern und klagen - aber wir können auch den Teelöffel Wasser, den jede Person in der Hand hält, immer wieder in einem Wassereimer füllen und gegen die Flammen spritzen“.

In der völkerrechtswidrigen Besetzung, die eigentlich seit 1967 längst hätte beendet werden müssen, sowie im fortgesetzten Bau neuer jüdischer Siedlungen im Westjordanland sieht Clemens Ronnefeldt die wichtigste Ursache für die Fortdauer des Konfliktes. Auf palästinensischer Seite nannte er den Beschuss mit Kassam-Raketen aus dem Gazastreifen auf israelisches Territorium als Hindernis zum Frieden.

Besonders hinderlich für einen gerechten Frieden sei der Bau der über 700 Kilometer langen Grenzzaun- und Maueranlage, die vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag als eindeutig völkerrechtswidrig bezeichnet worden sei. Durch diese Sperranlage sowie durch die Mauer würden tausende von Palästinensern von ihrem Eigentum getrennt, viele palästinensische Häuser seien bereits abgerissen worden, um für den Mauerbau Platz zu schaffen.

Als Schritte zu einer möglichen Deeskalation zwischen den beiden Konfliktparteien schlug Clemens Ronnefeldt vor, den Austausch von Gefangenen zu forcieren. Der Siedlungs- und Mauerbau sollte beendet werden, die israelische Armee aus dem Westjordanland abziehen. Bei Wiederaufnahme direkter Verhandlungen könnte eine Zweistaatenlösung erreicht werden, Ostjerusalem könnte Hauptstadt des neuen Staates Palästina werden - möglichst in einem Staatenverbund mit Jordanien -, um wirtschaftlich überlebensfähig zu sein. Die Frage der Flüchtlinge, von denen nach Umfragen lediglich zehn Prozent überhaupt zurückkehren möchten, schlug der Referent vor, auf der Basis der so genannten „Genfer Friedensinitiative“ aus dem Jahre 2003 zu lösen.

Vor allem aber sollten die zahlreichen Friedensinitiativen auf beiden Seiten unterstützt werden, damit Friedenspläne überhaupt eine Chance bekämen.

Als Modell nannte der den israelisch-palästinensischen Radiosender „Alle gemeinsam für den Frieden“. Im Dorf Neve Shalom-Wahat al Salam (Oase des Friedens) würden seit Jahrzehnten Juden und Muslime zusammen mit ihren Kindern leben, derzeit mehr als 100 Erwachsene, die auch eine Friedensschule aufgebaut hätten. Kinder und Jugendliche wachsen in diesem Dorf gemeinsam mit der Sprache der anderen Seite auf.

Rund 1000 Soldaten, darunter mehr als zwei Dutzend Piloten der israelischen Streitkräfte, würden sich derzeit weigern, in den besetzten Gebieten Armeeeinsätze zu befolgen, weil sie nichts mit der Sicherheit Israels zu tun hätten, sondern nur das Leid der Palästinenser verlängern würden.

In einem gemeinsamen israelisch-palästinensischen Elternkreis treffen sich Erwachsene, um den Tod ihrer Kinder und anderer Verwandter zu betrauern, die der Gewalt der jeweils anderen Seite zum Opfer gefallen sind.

Clemens Ronnefeldt empfahl den Anwesenden, mit dem ökumenischen Rat der Kirchen in einen Begleitdienst zur Menschenrechtsbeobachtung in Israel und in den palästinensischen Gebieten zu gehen. Andere hilfreiche Organisationen zur Konflikteindämmung seien „International Solidarity Movement“ und die „Christian Peace Maker Teams“, die sich vor allem in Hebron engagieren und ebenfalls ausländische Freiwillige suchten.

Während der angeregten Diskussion empfahl der Referent den Anwesenden, sich gegen die deutsche Lieferung neuer U-Boote nach Israel sowie gegen Rüstungsexporte generell in die Nahostregion zu engagieren, damit nicht noch mehr Öl in diesen Brandherd gegossen würde.

Im Anschluss an den Vortrag schloss sich eine lebhafte Diskussion mit vielen Rückfragen an. Reinhard Schülzke dankte dem Referenten im Namen der Veranstalter für seinen engagierten Vortrag.

Reinhard Schülzke